

Kommunaler Finanzausgleich

Was ist das?

Überall dort, wo Menschen zusammenleben, in den Städten, in den Dörfern und in unseren Landkreisen, muss Geld da sein, damit etwa die Abfallentsorgung, der Busverkehr und die Kindertagesbetreuung funktionieren. Gute Schulen, Krankenhäuser, Wohnraum und vieles mehr müssen vorhanden sein. Das gehört zur Daseinsvorsorge und kostet Geld.

Die Kommunen, also die Städte und Gemeinden, regeln ihre Angelegenheiten selbst. Das ist kommunale Selbstverwaltung und im Grundgesetz verankert. Neben den eigenen Aufgaben müssen Städte und Gemeinden aber auch viele Dinge erfüllen, die ihnen zum Beispiel das Land übertragen hat. Etwa den Rettungsdienst oder die Bauaufsicht.

Welche finanziellen Mittel bekommen die Kommunen?

- Gebühren und Beiträge
- Steuereinnahmen
- Finanzausweisungen vom Land

Letztere fließen den Kommunen über das System des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zu.

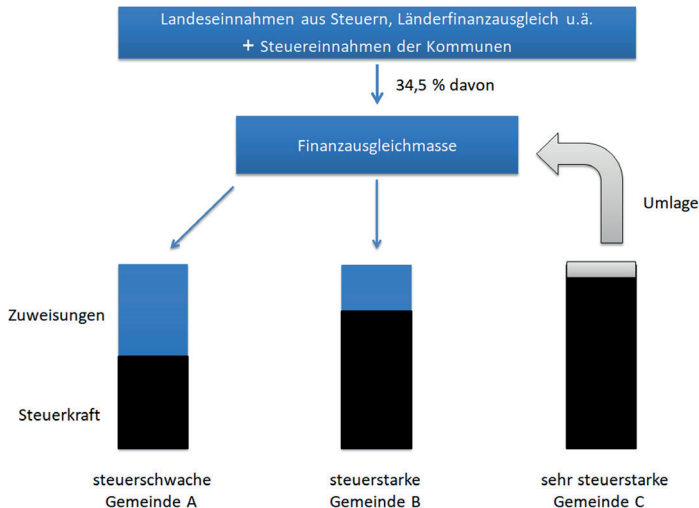
Es geht darum, Unterschiede zwischen ärmeren und reicheren Landkreisen, Städten und Dörfern auszugleichen. Gleichzeitig gibt das Land Geld an die Kommunen weiter. Diese Zuweisungen reichen für etwa 50 Prozent der Ausgaben.

Wie funktioniert das genau?

Zunächst wird ausgerechnet, wie viel Geld insgesamt in den großen Topf – die sogenannte Finanzausgleichsmasse – fließt. Das ist Geld aus eigenen Steuern der Kommunen und vom Land (Steuereinnahmen, Geld aus dem Länderfinanzausgleich, etc.). Die Finanzausgleichsmasse kann letztlich unter den Kommunen verteilt werden.

Jetzt wird für jede Kommune nach einem komplizierten Rechenverfahren bestimmt, was von dieser Finanzmasse bei ihr ankommt. Das richtet sich hauptsächlich nach der Einwohnerzahl. Außerdem geht es danach wie steuerstark die Kommune ist. Je mehr eigene Steuereinnahmen die Kommune hat, etwa aus Gewerbesteuern, desto größer ist ihre Steuerkraft. Steuerstärkere Kommunen bekommen weniger allgemeine Zuweisungen aus dem großen Topf als steuerschwächere. Sie sind logischerweise besonders auf das Geld aus den sogenannten Schlüsselzuweisungen angewiesen. Hin und wieder gibt es so reiche Gemeinden, die nichts aus diesem System bekommen und sogar noch etwas abgeben von ihren Einnahmen – aus solidarischen Gründen.

Der hier dargestellte kommunale Finanzausgleich ist sehr komplex. Neben den allgemeinen Zuweisungen gibt es auch noch Gelder, um besondere Bedarfe auszugleichen.



Was ist daran schlecht und muss sich ändern?

Das Geld, das bei den Städten, Dörfern und Kreisen ankommt, reicht nicht, um alle notwendigen Ausgaben zu decken. Straßen, Brücken, Schulen, Kitas und Sportstätten sind noch zu oft in einem beklagenswerten Zustand. An eine moderne Ausstattung der Schulen ist gar nicht zu denken. In einigen Landkreisen wurden Wettbewerbe um die schlechteste Straße ausgelobt. Der Investitionsstau ist groß. Es gibt in vielen Kommunen kaum oder gar kein Geld für kulturelle Einrichtungen. Jugendclubs und Bibliotheken sterben. Ohne private Spenden läuft oft nichts.

Wir fordern:

- Mehr Geld in die Finanzausgleichsmasse als pauschale Zuweisungen und weniger bürokratische Fördertöpfe.
- Kommunen stärker an den Gesamteinnahmen des Landes beteiligen.
- Eine Infrastrukturpauschale, damit Kommunen eigenständig in ihre Gebäude, Straßen und Radwege investieren können. Diese muss pro Kopf auf die Kommunen verteilt werden.
- Einen Ausgleich für besonders hohe Soziallasten.
- Echte Hilfe für Gemeinden, die tief in den roten Zahlenstecken.

DIE LINKE. Fraktion im Landtag M-V
Lennéstr. 1 19053 Schwerin Tel. 0385 / 5252500
E-Mail: info@linksfraktionmv.de www.linksfraktionmv.de

[f facebook.com/LinksfraktionMV](https://www.facebook.com/LinksfraktionMV) [t twitter.com/LinksfraktionMV](https://twitter.com/LinksfraktionMV)

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern